

P. Gastkommentar

Solo-Selbstständige leben nicht nur jetzt riskant

31.03.2020 um 18:21

von **Nora Wukovits-Votzi**

(c) Peter Kufner

Sozialstaatslücken werden sichtbar, Härtefonds sind eine willkommene Notlösung. Die Debatte steht in vielen EU-Ländern an.

Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

>>> Mehr aus der Rubrik „Gastkommentare“



Krisen stellen die Robustheit unserer Systeme auf die Probe. So macht die Coronapandemie, ähnlich wie die Finanzkrise 2008, bis vor Kurzem leicht übersehbare Lücken in unseren stark vernetzten Sozial- und Wirtschaftssystemen deutlich.

Die vom Coronavirus ausgelösten Arbeitsmarkt-Schocks, mit denen Regierungen jetzt ringen, werden zum Stresstest für die Fähigkeit des Sozialstaats, Menschen in verschiedenen Beschäftigungsformen aufzufangen.

Mehr als eine Viertelmillion der Österreicherinnen und Österreicher kennt oft weder Lohnfortzahlungen im Krankenstand noch Arbeitslosengeld: die sogenannten Solo-Selbstständigen. Die Zahl der Solo-Selbstständigen, also Selbstständige ohne Angestellte, ist in Österreich seit den 1980er-Jahren angestiegen. Der stark wachsende Dienstleistungssektor und die fortschreitende Digitalisierung verstärken den folgenden Trend: Unternehmen bieten vor allem zur Aufrechterhaltung ihrer Kernkompetenzen Festanstellungen an. Viele andere Arbeiten werden an Drittunternehmen oder Solo-Selbstständige ausgelagert. Zugleich ermöglicht die Solo-Selbstständigkeit für die Betroffenen oft ein größeres Ausmaß an Flexibilität und in manchen Fällen einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt. Im Gegensatz zum beharrlichen Anstieg in den Niederlanden und in Großbritannien ist die Zahl der Solo-Selbstständigen in Österreich zuletzt stabil geblieben.

Laut einem Bericht der EU-Kommission 2017 schneidet Österreich punkto Zugang zur Kranken-, Pensions- und Arbeitsunfallversicherung für Selbstständige im Ländervergleich - dank Reformen seit Mitte der 1990er-Jahre - zwar relativ gut ab. Trotzdem besteht aber Verbesserungsbedarf, vor allem bei der Arbeitslosenversicherung. Diese Sozialstaatslücken werden durch die Notmaßnahmen der Regierung nun deutlich sichtbar. Mittels Sofortzahlungen aus Härte- und Notfallsfonds sollen die arbeits- und einkommenslosen Solo-Selbstständigen finanziell aufgefangen werden.

Schwere Existenzkrise



Solo-Selbstständige, die als „Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer“ für Groß- und Kleinunternehmen arbeiten, drohen durch die Coronapandemie vor einer schweren Existenzkrise zu stehen. Da ihre Tätigkeit generell auf Projektarbeit basiert, sind sie leichter „loszuwerden“ als Festangestellte. Ihre Arbeitsverhältnisse können, um Firmenkosten zu sparen oder wegen fehlender Nachfrage, einfacher sistiert werden. Kurzarbeit kommt für sie mangels Anstellung nicht infrage.

In EU-Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich haben Solo-Selbstständige im Vergleich zu Festangestellten - mit Ausnahmen bestimmter Berufskategorien - zudem einen weitaus begrenzteren Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Prinzipiell stehen Solo-Selbstständige in Österreich besser da. Sie haben die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung und freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer sind sogar seit 2008 in die Arbeitslosenversicherung miteinbezogen.

Eine vor Kurzem erschienene Studie der Arbeiterkammer und des Sora-Instituts befand allerdings, dass nur etwas mehr als ein Drittel der Solo-Selbstständigen tatsächlich auch arbeitslosenversichert sind.

Sozialstaatslücken für Solo-Selbstständige sollen nun in Österreich, aber auch in Deutschland, Frankreich und Italien Corona-Hilfefonds füllen. Diese stellen Bargeld zur Überbrückung von Einnahmen-Einbrüchen bereit. Selbst Länder mit einer sonst liberalen Wohlfahrtstaatspolitik ändern abrupt ihren Kurs. Nicht zuletzt, da die Anzahl der Selbstständigen dort besonders hoch ist. UK-Schatzkanzler Rishi Sunak stellt selbstständigen Briten einen mit neun Milliarden Pfund dotierten Rettungsschirm für die kommenden drei Monate zur Verfügung, mit Aussicht auf Verlängerung. Das Konjunkturpaket von US-Präsident Donald Trump verspricht den meisten US-amerikanischen Steuerzahlern sogar 1200 Dollar bar auf die Hand. Dies ähnelt einem „bedingungslosen Grundeinkommen auf Zeit“. Vorschläge, die vor ein paar Wochen noch revolutionär waren, erscheinen heute pragmatisch.

Willkommene Notlösung

Auch in Privatunternehmen werden diese Sozialstaatslücken nun zum Thema. So bietet Google seinen selbstständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern während der Coronakrise bezahlte

Krankenstände sowie in manchen Fällen Entgeltfortzahlungen an. Das bleibt eine willkommene Notlösung. In vielen Ländern sollte das nun die Debatte lostreten, wie die sozialen Risiken von Solo-Selbstständigen generell in Zukunft besser abgedeckt werden können. Diese werden zwar in Krisenzeiten besonders sichtbar, sie sind aber unsichtbare Dauerbegleiter im Arbeitsalltag von Solo-Selbstständigen.

Darauf könnte man natürlich kontern, dass Risiken, ob sozial oder wirtschaftlich, eben Teil des Entrepreneur-Daseins sind. Gemäß dem Motto: „No Risk, No Fun“. Doch die Gleichsetzung von innovationstreibenden „Entrepreneurs“ mit Solo-Selbstständigen ist zunehmend problematisch. Heute ist Solo-Selbstständigkeit eine gängige Arbeitsform in unzähligen Branchen, etwa bei Paketlieferunternehmen, im IT-Bereich, bei Grafikdesignern, Reinigungsfachkräften, Architekten, Anwälten, Masseurinnen oder vielen anderen Dienstleistern. Laut der „New York Times“ beschäftigt zum Beispiel Google ca. 100.000 Festangestellte, aber mit 120.000 bereits weitaus mehr Selbstständige und Leiharbeiter. Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2016 schätzt auch, dass in den USA und Europa bis zu 162 Millionen Menschen, also 20 bis 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, in irgendeiner Form selbstständiger Arbeit nachgehen. Mehr als jeder Dritte tut dies nur gelegentlich, was auf einen dynamischen Wechsel zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung hindeutet. Der Sozialstaat hinkt in vielen Ländern diesen neuen Arbeitsmarktrealitäten aber noch hinterher.

Es sind vor allem wirtschaftliche Schocks, die diese Spaltungen des Arbeitsmarktes breit sichtbar machen: zwischen jenen, die halbwegs gesicherte Arbeitsverhältnisse genießen, und jenen, die größere Risiken oft allein zu tragen haben. Aus der Finanzkrise 2008 haben wir allerdings auch gelernt, welche Vorteile ein gut funktionierender Sozialstaat bietet: Länder wie beispielsweise Schweden, die das Jobverlust-Risiko bei einem breiten Spektrum von Arbeitsverhältnissen vorsorglich finanziell abfedern, kommen auch mit den Folgen der Krise für Wirtschaft und Gesellschaft besser zurecht. Es spricht also alles dafür, die Coronakrise in vielen EU-Ländern dafür zu nutzen, über einen Ausbau des Sozialstaates für Solo-Selbstständige nachzudenken. Damit EU-Länder zukünftig für wirtschaftliche Krisen gerüstet sind, braucht es eine Sozialstaatspolitik, die einer neuen Arbeitswelt gerecht wird.

Eine Ausweitung der Arbeitslosenversicherungspflicht ist einer der aktuellen Vorschläge, die aus heutiger Sicht in vielen Ländern deutlich billiger kommen würde als milliardenschwere Härtefonds.



Die Autorin

Nora Wukovits-Votzi (* 1989) ist Doktorandin und forscht zur Arbeitsökonomie, Sozialstaatspolitik und Digitalisierung am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Sie arbeitete als Analystin für internationale Organisationen und studierte in Oxford und Cambridge.

E-Mails an: [**debatte@diepresse.com**](mailto:debatte@diepresse.com)

Rainer Nowaks Corona-Briefing: Jetzt zum Newsletter anmelden

„Presse“-Chefredakteur Rainer Nowak beschreibt den gesellschaftlichen und politischen Ausnahmezustand in Österreich.

E-MAIL

Anmelden

